

Boris und die „Working Class“

Tim Bale

Geboren 1965 in Frome,
Somerset (Großbritan-
nien), Professor für
Politikwissenschaft,
Queen Mary University
of London.

Eine Episode der Annäherung

Im 20. Jahrhundert konnte die *Conservative Party* über eine lange Phase den begründeten Anspruch erheben, Großbritanniens „natürliche Regierungspartei“ zu sein; sie gewann deutlich mehr Wahlen und war länger an der Regierung als ihr politischer Gegner, die *Labour Party*. Dies gelang ihr, indem sie stets nicht nur mehr als zwei Drit-

tel der Wähler aus der Mittelschicht des Landes, sondern auch rund ein Drittel der Wähler aus der Arbeiterklasse für sich gewinnen konnte.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, dass der beeindruckende Wählerzustrom aus der Arbeiterklasse im Jahr 2019 aus dem Nichts kam. Vielmehr setzte sich damit ein langfristiger, wenn auch sich

1 „C2DE“ bezeichnet in Großbritannien die drei unteren sozioökonomischen Gruppen (qualifizierte Arbeiter, unqualifizierte Arbeiter, Arbeitslose/Rentner), die etwa 43 bis 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Einteilung ist ein Standardinstrument in der britischen Markt- und Meinungsforschung, um die Gesellschaft in soziale Schichten zu unterteilen [Anm. d. Redaktion].

beschleunigender Trend fort (der sich mindestens seit den seit frühen 1970er-Jahren abgezeichnet hatte), dass Menschen mit handwerklichen Berufen zunehmend die Vorstellung ablehnen, sie müssten automatisch eher linke als rechte Parteien wählen.

Bereits bei den Parlamentswahlen 2017 unter Theresa May durchbrachen die Tories erstmals Teile der später als „Red Wall“ bezeichneten Wahlkreise in Kleinstädten im Norden Englands und in den Midlands, die aufgrund ihrer traditionellen wirtschaftlichen Bindung an Industrie und Bergbau seit jeher Hochburgen der Labour-Partei gewesen waren. Nun jedoch, oftmals von Deindustrialisierung betroffen und durch den ultralinken Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn von „ihrer“ Partei entfremdet, waren sie zunehmend reif für die Konservativen, die entschlossen waren, das unter weniger gebildeten Bürgern weit verbreitete Gefühl anzusprechen, sie seien „zurückgelassen“ worden – sei es durch die dienstleistungsorientierte Wirtschaft des Südostens oder durch den „Anything goes“-Multikulturalismus der größeren Städte Großbritanniens.

Mit dem Versprechen, dass ihre Stimme für die Tories den Brexit „unter Dach und Fach bringen“, Corbyns Sturz sicherstellen und der Regierung ermöglichen würde, den Wiederaufbau des maroden öffentlichen Dienstleistungssektors voranzutreiben, motivierte Boris Johnson einige Wähler der sozialen C2DE-Schichten (zu denen in Großbritannien auch Arbeiter und Arbeitslose gerechnet werden)¹, für die Konservativen zu stimmen – gerade als ihre Unterstützung für die Labour-Partei drastisch einbrach. Und obwohl der Stimmenanteil der Tories in dieser Gruppe 2019 mit rund 45 Prozent nur vier bis fünf Punkte höher lag als zwei Jahre zuvor, reichte er dieses Mal aus, zahlreiche bei der Wahl von 2017 noch zweite Plätze in Siege zu verwandeln. Damit erzielte Johnson, dessen Image als „Mann des Volkes“ – nach außen hin umgänglich und in seinem Auftreten bewusst politisch inkorrekt – seine typisch populistische Anziehungskraft auf diese Zielgruppe zu untermauern vermochte, die beeindruckende Mehrheit von achtzig Sitzen im Parlament.

Ausrichtung auf kurzfristige Vorteile

Medienkommentatoren, insbesondere jene aus dem rechten Lager, sprachen danach ganz selbstverständlich von einer Neuausrichtung (*realignment*) oder gar einer politischen Neuordnung – ebenso selbstverständlich wurde vermutet, dass Johnson nicht zuletzt aufgrund der breiten Unterstützung durch die Arbeiterklasse mindestens ein Jahrzehnt oder länger als Premierminister im Amt bleiben würde. Tatsächlich aber waren solche Äußerungen nicht nur verfrüht, sondern auch irreführend.

Denn Johnson hatte keine dauerhafte Mehrheit der Arbeiterklasse für die Tories gewonnen, sondern eine zunehmend ungebundene, weniger klassenorientierte Wählerschaft, die keiner Partei mehr treu war. Dies war ihm vor allem dadurch gelungen, dass er ihre Besorgnis über den Labour-Vorsitzenden Corbyn, ihre Erschöpfung und Frustration wegen Mays gescheiterter Neuverhandlungen über den Brexit-Vertrag in Brüssel sowie ihre verzweifelte Hoffnung auf eine Regierung adressierte, die sich endlich des *National Health Service* und der Wiederherstellung des Wohlstands in Kleinstädten annehmen würde, die zunächst von der Deindustrialisierung und später von den Sparmaßnahmen seiner Vorgänger schwer getroffen worden waren.

Johnsons Sieg war also eher auf kurzfristige Vorteile ausgerichtet und von mehr Faktoren abhängig, als viele wohlwollende Kommentatoren vermutet hatten: Sollte es der Labour-Partei gelingen, Corbyn durch einen weniger beunruhigend radikalen und patriotischer wirkenden Vorsitzenden zu ersetzen, der Brexit an Bedeutung verlieren und Johnson seine Versprechen, mehr Mittel für die Optimierung des *National Health Service* und die Aufwertung weniger wohlhabender Landesteile zu investieren, nicht einhalten können, würde die Unterstützung für die Konservativen bald nachlassen.

Uneingelöste Wahlversprechen

Und genau das geschah. Corbyn räumte seinen Platz für Keir Starmer, der das links-progressive Programm, mit dem die Labour-Partei noch die Wahlen 2017 und 2019 bestritten hatte, umgehend zugunsten eines weit aus gemäßigeren, auf Sicherheit ausgerichteten Wahlprogramms aufgab. Zwar beeinflussten die Einstellungen der Wähler zur Europäischen Union – entweder „Leave“ oder „Remain“ – weiterhin ihre politischen Präferenzen. Doch gleichzeitig verlor der Brexit an Bedeutung, gerade als paradoxerweise immer offensichtlicher wurde, dass dieser weit von der „erfolgreichen Befreiung“ entfernt war, den seine Befürworter versprochen hatten. Zugleich machte die Belastung der Staatsfinanzen durch die Corona-Pandemie im Land jeden ernsthaften Versuch zunichte, den krisengeschüttelten Dienstleistungssektor, die Infrastruktur und den öffentlichen Raum des Landes zu verbessern – nicht zuletzt in jenen Wahlkreisen, die sich transformative Investitionen zur Verringerung des Rückstands gegenüber wohlhabenderen Regionen erhofft hatten.

Fraglich bleibt, ob Johnson jemals eines seiner Wahlversprechen hätte umsetzen können, wenn COVID-19 nicht dazwischengekommen wäre. Obwohl er angeblich weniger finanzpolitisch konservativ war als manch anderer Vertreter seiner Partei, war er im Grunde genommen

doch ein Tory, der an einen schlanken Staat glaubte; er wäre ohnehin von seinen eher kompromisslosen Kollegen eingeschränkt worden. Doch die Tatsache, dass kaum konkrete Verbesserungen eintraten, trug zu der wachsenden Enttäuschung vieler Wähler aus der Arbeiterschaft über die Regierung, die sie noch 2019 unterstützt hatten, bei. Ihre Enttäuschung verstärkte sich noch, als sie erfuhren, dass in der Downing Street nächtelang Partys gefeiert wurden, während sie selbst und ihre Familien die von der Regierung erlassenen drakonischen Abstandsregeln strikt einzuhalten versuchten. Tatsächlich erwies sich das sogenannte „Partygate“ – das allzu sehr verdeutlichte, dass es „eine Regel für sie und eine andere für den Rest von uns“ gab – als besonders schädlich für einen populistischen Politiker, der sich selbst als Anwalt des Volkes und der Provinzen gegen die sogenannte Großstadtelite inszeniert hatte. Schließlich wurde Johnson weniger als drei Jahre nach seinem 2019 errungenen Wahlsieg zum Rücktritt gezwungen. Ihm folgten zwei Tory-Vorsitzende, die die Entfremdung von der Arbeiterklasse nur noch verstärkten.

Zunächst kam Liz Truss, die lediglich 49 Tage im Amt blieb, weil sie einen „Minihaushalt“ verabschiedete, der ungedeckte Steuer-senkungen für Reiche priorisierte, während gleichzeitig Kredite zur Finanzierung eines schlecht durchdachten Programms zur Subventionierung der rapide steigenden Energiekosten aufgenommen werden sollten – Kosten, die durch Russlands Invasion in die Ukraine verursacht worden waren. Nachdem diese Pläne die Finanzmärkte ins Wanken gebracht hatten, mussten sie rasch zurückgenommen werden; allerdings hatten sie bereits einen deutlichen Zinsanstieg ausgelöst, der die Lebenshaltungskosten für Hunderttausende Menschen aus der Arbeiter- und Mittelschicht, die ohnehin nur noch mit Mühe ihre Hypotheken bezahlen konnten, noch mehr unter Druck setzte.

Rishi Sunak: Eindruck von Alltagsferne

Truss wurde durch den ehemaligen Schatzkanzler Rishi Sunak abgelöst, der der Wirtschaft zwar ein gewisses Maß an Stabilität (allerdings kein nennenswertes Wachstum) bescherte, aber zu sehr darauf bedacht war, das fragile Machtgleichgewicht innerhalb seiner Fraktion nicht zu stören, um neue Kräfte ins Boot zu holen, die es ihm ermöglicht hätten, einen klaren Bruch mit der bisherigen Politik zu signalisieren. Wenig hilfreich war ebenfalls, dass Sunak zu den bestausgebildeten und reichsten Männern im Unterhaus gehörte und daher leicht als realitätsfern und als jemand dargestellt werden konnte, der hoffnungslos den Kontakt zu genau jenen Wählern verloren hatte, die die Konservativen unbedingt zurückgewinnen mussten. Seine offensichtliche Verwirrung, als es ihm

während eines unglücklich geplanten PR-Termins an einer Tankstelle nur unter Mühen gelang, mit einer Kreditkarte zu bezahlen, war nur ein Beispiel, das den Eindruck der Alltagsferne zu bestätigen schien.

Hätte Sunak sich lediglich mit der Labour-Partei und Keir Starmer auseinandersetzen müssen, wäre all dies wohl nicht so problematisch gewesen, doch die Konservativen wurden mit einer weiteren Herausforderung auf ihrem (radikalen) rechten Flügel, nämlich mit *Reform UK*, konfrontiert – der Nachfolgepartei der rechtspopulistischen, europaskeptischen *UK Independence Party* (UKIP) und der *Brexit Party*. Zwar übernahm Nigel Farage die Führung der Partei erst während des Wahlkampfes 2024 wieder offiziell, doch stand sein burschikoses, lockeres Auftreten als „Mann in der Kneipe“ in deutlichem Kontrast zu Sunaks Image als Teil der globalen Elite; es erwies sich als besonders attraktiv für diejenigen, die 2019 Johnson und den Tories ihre Stimme gegeben hatten.

Letzte Chance für Labour

Ebenso intensiv konzentrierte sich Farage auf ein Thema, das insbesondere viele ältere, weniger gebildete Wähler aus der Arbeiterschaft bewegte: die Ankunft Tausender, oft junger, männlicher und muslimischer Asylsuchender, die in Schlauchbooten über den Ärmelkanal in das Land geflohen waren. Sunak verschlimmerte die Lage noch, indem er mit seinem wiederholten Versprechen, „die Boote zu stoppen“, scheiterte; dies trieb viele Wähler aus der Arbeiterschicht direkt in das Lager von *Reform UK*, während andere entweder der Wahl fernblieben oder der Labour-Partei eine letzte Chance gaben.

Als Ergebnis dessen halbierte sich bei der Wahl 2024 die Unterstützung der Arbeiterklasse für die *Conservative Party* im Vergleich zu 2019. Statt fast der Hälfte der C2DE-Wähler stimmte nur noch rund ein Viertel (wenn überhaupt) von ihnen für Sunaks Partei.

Bislang hat seine Nachfolgerin, Kemi Badenoch, nichts zur Verbesserung der Situation der Konservativen unternommen, obwohl sie verzweifelt versucht, mit der zunehmend zugespitzten Rhetorik von *Reform UK* gegen Migranten, „Woke“-Bewegungen und die Netto-Null-Emissionsziele mitzuhalten. Zugegeben: Es ist möglich, dass die erneut aufgeflamnte Besorgnis über die wirtschaftliche Lage und eine mögliche weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten innerhalb der Wählerschaft aus der Arbeiter- und Mittelschicht, ausgelöst durch den aktuellen Konflikt im Nahen Osten, dazu führen könnte, dass sich einige von ihnen wieder den Tories zuwenden. Aber sehr wahrscheinlich ist es nicht.